



attac
Hamburg

Arbeitsgruppe Gesundheit

Gesundheit für alle

Corona-Impfpflicht löst nicht die Pandemie-Probleme

Die Gentherapiemittel (sog. mRNA-Impfstoffe) sind **neuartig**: „Der COVID-19-mRNA-Impfstoff BNT162b2 besteht aus der mRNA-Komponente und vier lipiden Komponenten, die Nanopartikel bilden. Zwei davon sind neuartig“ (aus dem Prüfungsdokument der britischen Zulassungsbehörde, [MHRA](#) 4.6.2021, S. 14). Sie wurden bisher nur zu Forschungszwecken zugelassen.

Stefan Oelrich, Leiter der Medikamentensparte des Bayer-Konzerns, formulierte: „Die mRNA-Impfungen sind ein Beispiel für Zell- und Gentherapie.“ Er stellte auf dem World Health Summit am 24.10.2021 sinngemäß fest: Vor zwei Jahren hätten wahrscheinlich 95 Prozent der Menschen es abgelehnt, eine Gen- oder Zelltherapie in Anspruch zu nehmen und sich in den Körper injizieren zu lassen.“ [medinside.ch](#), 10.2.2022

Die Pharmakonzerne haften nicht für Nebenwirkungen und mögliche Langzeitschäden: „Die Impfstoffhersteller aller in Deutschland zugelassenen Impfstoffe haben mit der Europäischen Union [...] zentral Verträge geschlossen. Finanziell können die Hersteller dadurch in der EU nicht belangt werden, im Ernstfall würde der Staat die Kosten tragen.“

([praxistipps.focus.de](#), 24.11.2021)

„Für alle gesundheitlichen Schäden, die im Zusammenhang mit Coronaschutzimpfungen eingetreten sind, besteht bundeseinheitlich ein Anspruch auf Entschädigung.“ (§ 60 des Infektionsschutzgesetzes, Mai 2021, [Handelsblatt](#), 13.12.2021)

Im Unterschied zu bewährten Impfungen **verhindern** die neuartigen genbasierten Impfstoffe gegen Coronaviren **nicht die Übertragung des Virus**. „In welchem Maß

die Impfung die Übertragung des Virus reduziert, kann derzeit nicht genau quantifiziert werden.“ ([Robert-Koch-Institut](#), Stand 21.12.2021)

Die Impfstoffe können nicht schnell genug auf die neuen Varianten zugeschnitten werden. Auch die **Wirkung lässt rascher nach** als anfangs erhofft: Die STIKO hat jetzt vorgeschlagen, nach drei Monaten jeweils zu „boostern“.

Ungeimpfte sind keineswegs generell Impfgegner. Viele warten seit Monaten auf einen **Totimpfstoff**. Von der WHO zugelassene, weltweit massenhaft verimpfte Totimpfstoffe sind in der EU immer noch nicht erhältlich.

Weil die neuartigen Impfstoffe weder risikolos noch voll wirksam sind, muss jeder das Recht haben, nach Abwägung der persönlichen Vor- und Nachteile einer Impfung sich dafür oder dagegen zu entscheiden, ohne Verlust von Grundrechten.

Solidarisch sein bedeutet:

- **Krankheiten durch eine präventive Medizin und die Schaffung gesunder Lebensverhältnisse vermeiden**
- **Kampf gegen Armut und Ausgrenzung**
- **Weltweit starker Ausbau der Gesundheitsversorgung**; dazu gehört die öffentliche Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen statt einer Produktion nach Profitinteressen, obendrein durch Patente gesichert
- **Gemeinsam** abklären, welche Maßnahmen zur Vermeidung einer Virusübertragung am sinnvollsten sein können. Dazu auch Gesprächsrunden mit den politisch Verantwortlichen organisieren

Kinder und Jugendliche impfen?!

Eine Impfung gegen SARS-CoV-2 als Schutz vor schwerer Erkrankung und Tod ist sinnvoll bei den inzwischen hinlänglich bekannten Risikogruppen, zu denen gesunde Kinder und Jugendliche in der Regel *nicht* zählen. Laut [Deutschlandfunk](#) (4.11.2021) sagte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, Prof. Jörg Dötsch: „Wir widersprechen strikt einer Auffassung, dass Kinder sich impfen lassen sollen oder müssen, um die Gesellschaft zu schützen. Das ist nicht akzeptabel.“ Ein Impfen von Kindern wird nur für den Fall empfohlen, dass „das Kind höchstwahrscheinlich dadurch einen höheren Nutzen als eine Gefahr hat“.

Keine Impfpflicht!

Ausgerechnet für die Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen ist eine Impfpflicht erlassen worden. Ungeimpfte können ab dem 16.3.2022 auf Anordnung der Gesundheitsämter entlassen bzw. ohne Bezüge freigestellt werden. Durch diese neue Bestimmung wird die so schon angespannte Versorgung der Patient*innen und Bewohner*innen mutwillig verschlechtert. In einer [Stellungnahme von ver.di am 6.12.2021](#) heißt es: „[...] die Einführung einer Impfpflicht muss verhältnismäßig und angemessen sein, mildere und gleich effektive Mittel müssen dafür fehlen; auch gilt zu bedenken, dass bei einer Impfpflicht die Impfung dann regelmäßig wieder-

holt werden muss (ca. alle 6 Monate) und wir uns hinsichtlich der Zulassung des Corona-Impfstoffes nach wie vor in der Phase einer nur bedingten Marktzulassung befinden.“

Was würde eine allgemeine Impfpflicht bedeuten?

„Eine Impfpflicht stelle stets eine erhebliche Beeinträchtigung rechtlich und moralisch bewehrter Güter wie des Schutzes der körperlichen Unversehrtheit dar. Die Ausweitung sei daher nur zu rechtfertigen, wenn sie gravierende negative Folgen möglicher künftiger Pandemiewellen wie eine hohe Sterblichkeit, langfristige gesundheitliche Beeinträchtigungen signifikanter Teile der Bevölkerung oder einen drohenden Kollaps des Gesundheitssystems abzuschwächen oder zu verhindern vermöge.“ Im Ethikrat haben sich nur 13 von 24 Mitgliedern dafür ausgesprochen. ([NZZ](#), 22.12.2021)

Eine Impfpflicht würde in Deutschland momentan 11,5 Mio. bisher ungeimpfte Bürger über 18 betreffen, aber auch diejenigen, die sich nicht „boostern“ lassen wollen. (<https://impfdashboard.de/>, 21.1.2022)

Ein solcher **Eingriff in die körperliche Unversehrtheit** ist offenkundig politisch nicht zu rechtfertigen und durchsetzbar, darum werden Zwangsmaßnahmen überlegt und teilweise schon beschlossen.

Zwei Petitionen gegen Impfpflicht

– Vom [Pflegepersonal](#) – [Allgemein](#)
<https://epetitionen.bundestag.de/>

„**Die offizielle Covid-Strategie ist zugleich autoritär und neoliberal** [...]. Statt Räume der Vernetzung und des Austausches zu schaffen, in denen von unten gemeinsam über Strategien nachgedacht wird, wie Gesundheitsschutz und öffentliches wie kulturelles Leben stattfinden kann, setzt man auf ökonomischen Druck. Dass es keine demokratische Strategie des Gesundheitsschutzes möglichst für alle gibt, sondern nur eine biomedizinische Variante, an der ungeheuer viel Geld verdient wird, schürt das Misstrauen verständlicherweise. Das aber ist keine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Einschränkung der Pandemie. Dass die deutsche Politik die Interessen der Pharmaindustrie weltweit vor den Gesundheitsschutz der Menschen setzt, erhöht dieses Misstrauen noch.“ ([Medico-Rundschreiben](#) 04/2021)

Umfassende, nachhaltige Gesundheitsversorgung

Medikamente

- Die Förderung der **Forschung für Medikamente** gegen Covid-19 ist ein Stiefkind gegenüber der Förderung für Impfstoffe. Erst vor kurzem wurden Medikamente zugelassen, die zu einer Reduzierung der stationären Aufenthalte und intensivmedizinischen Betreuung führen ([FAZ](#), 13.4.2021)
- Die EU blockiert eine Aufhebung der Patente für Covid-19-Medikamente ([Bitter Pill](#) von <https://corporateeurope.org>)
- Die Pharmakonzerne erzielten **1000 Milliarden Euro Profite in 20 Jahren** (O. Petitjean, [SiG 138](#)). Aber mehr als **zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten**: Mit Hilfe des Monopols durch Patente können die Preise fast nach Belieben festgesetzt werden ([publiceye.ch](#))
- **Die Impfstoffe von Pfizer/BioNTech und Moderna bringen pro Sekunde 1000 Dollar Gewinn** ([Oxfam.de](#), 16.11.2021)
- Die Europäische Bürgerinitiative „**Kein Profit durch die Pandemie**“ fordert von der EU die **Aufhebung von Patenten auf Impfstoffe und Medikamente**, damit weltweit viele Menschen Zugang zu ihnen erhalten (<https://noprofitonpandemic.eu/de/>)

Pflegepersonal

Die Beschäftigten arbeiten seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze. In Deutschland fehlten schon 2018 in den Krankenhäusern ca. 80.000 Pflegekräfte ([ver.di](#)). Das Pflegepersonal der Intensivstationen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf kritisiert systematische Überlastung ([ver.di](#)). Die zusätzlichen Aufgaben während der Coronapandemie – ohne Einstellung von zusätzlichem Personal – hat bei manchen zu Erkrankungen bzw. zur Aufgabe der Pflegearbeit geführt.

Krankenhäuser

Die Bertelsmann-Stiftung fordert die Schließung von Krankenhäusern ([Zeit](#), 15.7.2019)! Trotz des erhöhten Bettenbedarfs infolge der Pandemie werden **34 Krankenhäuser – mit staatlicher Förderung! – geschlossen.** ([Ärzteblatt](#), 10.12.2021)

Profite pflegen keine Menschen

Sorgen wir gemeinsam für eine umfassende, nachhaltige Gesundheitsversorgung!

- **Für die Beschäftigten:** höhere Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen und zusätzliche **unbefristete Einstellungen**; ehemalige Pflegekräfte zurückgewinnen
- **Kliniken erhalten** und Schaffung weiterer Kapazitäten in den Krankenhäusern ([Petition](#) des Bündnisses Klinikrettung an Karl Lauterbach, [gemeingut.org](#))
- **Abschaffung des Fallpauschalensystems** und Übergang zu einer gemeinwohlorientierten Finanzierung der tatsächlichen Kosten ([Petition](#), initiiert von <https://www.bunte-kittel.de/>)



Das Geld dafür ist da!

- **Steuergerechtigkeit:** 1. Rücknahme der Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, 2. Wiederbelebung der Vermögenssteuer, 3. Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer, 4. Rücknahme der Steuersenkungen für Kapitalerträge, 5. Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Austrocknung der Steueroasen
- **Bürgerkrankenversicherung im Umlageverfahren für ALLE**, öffentlich verwaltet; keine Beitragsbemessungsgrenze

Gesunde Lebensbedingungen schaffen

Gutes Leben für alle – weltweit! – statt Profite für wenige

„Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.“

Aus der Ottawa-Charta der WHO zur Gesundheitsförderung, 1986

Kein gesundes Essen wegen Armut, Umweltverschmutzungen aller Art, Stress durch Arbeit oder (drohende) Arbeitslosigkeit, durch Lärm an verkehrsreichen Straßen, durch beengte Wohnverhältnisse – gar Obdachlosigkeit –, aber auch die wg. Corona verordnete Isolation, das sind einige der Faktoren, die für Krankheiten anfälliger machen und die Lebenserwartung um Jahre verkürzen.

Armut macht krank – Krankheit macht arm

Weltweit ...

Die Zahl der Hungernden ist 2020 stark gestiegen: bis zu 811 Millionen Menschen unterernährt ([Tagesschau](#), 12.7.2021). Weitere 100 Millionen Kinder sind in Armut abgerutscht ([Tagesschau](#), 9.12.2021, UNIEF). Jedes dritte Kleinkind ist mangelernährt ([Tagesschau](#), 22.9.2021).

Wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen wird befürchtet, „dass sich in der Pandemie die Zahl der Menschen, die an Malaria sterben, weltweit verdoppeln könnte. In den kommenden Jahren könnten 400.000 Menschenleben zusätzlich der Tuberkulose zum Opfer fallen und eine halbe Million zusätzlich an HIV sterben. Wer also das tatsächliche Ausmaß der Opfer des Coronavirus berechnen will, muss auch die Malaria-, Tbc-, HIV- und Diabetestoten einbeziehen, die normalerweise hätten gerettet werden können“. (Kwame Anthony Appiah, [Der Freitag](#) 50/21)

Nach einem Bericht der WHO und der Weltbank wurden im Jahr 2020 weltweit mehr als eine halbe Milliarde Menschen in die Armut gedrängt, weil sie die Gesundheitsleistungen aus eigener Tasche bezahlen müssen. ([People dispatch](#))

... und in Deutschland

Nach einer Untersuchung der Universität Düsseldorf haben Arbeitslosengeld-II-Beziehende „ein um 84 Prozent erhöhtes Risiko für einen COVID-19-bedingten Krankenhausaufenthalt“. (1.1. bis 4.6.2020, [hhu.de](#))

In sozial benachteiligten Regionen lag die **Sterblichkeit** während der zweiten Coronawelle in Deutschland um „50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung“. ([Robert-Koch-Institut](#), 29.10.2021; [NDR](#), 17.2.2021)

Was tun?

Weltweite Gerechtigkeit

- **An den vielen Aktionen für ein „Gutes Leben für alle – weltweit“ teilnehmen**
- **Umweltzerstörungen stoppen**
- **Globaler Waffenstillstand und Abrüstung**
- **Soziale Beziehungen pflegen und insb. für die Kinder gewährleisten**
- **Finanzieller Ausgleich für Kleinbetriebe, die wegen der Coronaschutzregelungen weniger Umsätze machen!**
- **Kostenlose FFP2-Masken!**
- **Mindestens 678 Euro für Hartz-IV- und weitere Grundsicherungsbeziehende!**